

Rede

von
Dr. Peter Gauweiler
MdB
Staatsminister a.D.

Fürstenrieder Frühlingsfest

München, am 7. Juni 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Anreden

- Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Ludwig Spaenle,
- Landtagsabgeordneter Georg Eisenreich (Altstadt-Hadern)
- Landtagsabgeordneter Andreas Lorenz (Giesing)
- Bezirksrat Dr. Christof Hangkofer (Altstadt-Hadern)
- Bezirksrat Clemens Baumgärtner (Giesing)
- Stadtrat Michael Kuffer
- Stadtrat Otto Seidl
- Stadträtin Dr. Manuela Olhausen
- Stadtrat Dr. Reinhold Babor
- Stadtrat Manuel Pretzl
- Stadtrat Johann Stadler

Das Frühlingsfest mit hohen Gästen

Frühling ist da Wenn im Süden von München Plakate auftauchen, die zum „Fürstenrieder Frühlingsfest“ einladen, dann wissen wir: endlich ist der Frühling da.

Das gilt sogar heuer, da wir im Juni feiern. Denn die letzten Wochen, die wir hinter uns haben, waren kein Frühling, sondern ein verlängerter, nasser Winter.

Früher feiern Petrus richtet sich mit seinem Wetter also danach, wann Georg Eisenreich zum Fürstenrieder Frühlingsfest einlädt.

Lieber Georg, vielleicht lädst Du darum das nächste Mal etwas früher ein und ersparst uns damit das Sauwetter der letzten Wochen.

Große Gäste Der Frühling ist wieder da, und mit ihm kommt auch die politische Prominenz aus ganz Deutschland nach München. Heuer ist unser bayerischer Kultusminister zu Gast.

Wir haben schon mit vielen hohen Gästen dieses Fest gefeiert: Mit unseren Ministerpräsidenten Horst Seehofer (letztes Jahr), Günther Beckstein (ein Jahr zuvor), Edmund Stoiber und Franz Josef Strauß. Und auch schon Angela Merkel konnten wir bei uns begrüßen.

Dr. Ludwig
Spaenle

Heute also haben wir die Freude, unseren bayerischen Kultusminister bei uns begrüßen zu dürfen.

Dr. Ludwig Spaenle:

- Seit 16 Jahren Mitglied des bayerischen Landtags für den Stimmkreis München-Schwabing.
- Seit 13 Jahre CSU-Kreisvorsitzender von München-Schwabing.
- Seit 6 Jahren stellvertretender Bezirksvorsitzender unserer CSU München
- Und seit 1 ½ Jahren nun bayerischer Kultusminister.

„Rohstoffgeist“

Als Kultusminister pflegt und hütet er das wohl wichtigste Gut, das für die Zukunft eines jeden Einzelnen von uns und der ganzen Gesellschaft bestimmend ist: die Bildung, den viel beschworenen „Rohstoffgeist“.

Für jeden von uns bestimmt die Bildung und Ausbildung, die er erfahren hat, den eigenen Lebensweg, seine Chancen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft. In unserer freien, offenen Gesellschaft ist jeder seines Glückes Schmied, und der Hammer, mit dem man sein Glück schmiedet, ist die Bildung.

Die Bildung und das Können unserer Bürger ist aber auch das wichtigste Kapital, das unsere Gesellschaft und Wirtschaft insgesamt besitzt – gerade heute im globalen Wettbewerb.

Wir brauchen diesen Wettbewerb nicht scheuen. Alle Studien, die schulischen Leistungen vergleichen, belegen, dass die Leistungen unserer bayerischen Schülerinnen und Schüler auf einem hohen Niveau liegen.

Individuelle Förderung

Dass das auch in Zukunft so bleibt, dafür steht Ludwig Spaenle. Mit ihm wird es auch künftig ein differenziertes Bildungsangebot für junge Menschen geben, mit den drei Kernschularten Hauptschule, Realschule und Gymnasium, statt einer Gemeinschaftsschule.

Wir setzen in Bayern auf die individuelle Förderung unserer Schüler statt eine Einheitsschule.

Ludwig Spaenle steht für die Differenzierung unseres Schulsystems. Allein im Bereich der beruflichen Schulen gibt es in Bayern inzwischen 15 verschiedene Wege zur Hochschulreife.

Ganztagsschule

Und Ludwig Spaenle steht – nur um noch eines herauszugreifen – für den Ausbau der Ganztagsschule, die auch ein wichtiger Bestandteil unserer Familienpolitik ist. Denn sie eröffnet eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir freuen uns auf das, was uns unser Kultusminister zu dem so wichtigen Zukunftsthema der Bildungspolitik erzählen wird.

Wir brauchen einen Bürgerpräsidenten

Rücktritt Hort

Wir sind alle noch bewegt und erschüttert von dem

Köhler

plötzlichen Rücktritt unseres Bundespräsidenten Hort

Köhler. Horst Köhler war ein beliebter Präsident, vielleicht gerade weil er nicht aus der Klasse der Politik

kam, sondern ein höchst qualifizierter Finanz- und

Wirtschaftsfachmann war:

Ein Mann nicht aus der Politik, sondern aus dem

Volk, und vielleicht gerade darum so volksnah.

Das spricht leider wenig für unsere heutige Politiker-

Klasse, auf jeden Fall aber für Horst Köhler.

Freiheit und

Ich will nicht über seine Gründe zum Rücktritt urteilen.

Rückhalt

Ich glaube aber, dass er nicht zurückgetreten wäre,

wenn er seine Aufstellung und Wahl nicht der Partei-

politik, sondern dem Volk verdanken würde.

Das hätte ihm die Freiheit und den Rückhalt gegeben, den er offenkundig vermisst hat.

„Mehr Bürgermitbestimmung“

Das Staatsoberhaupt sollte vom Volk gewählt werden. Wie mehrere seiner Vorgänger, darunter Johannes Rau und Richard von Weizsäcker, hat auch Horst Köhler vorgeschlagen, den Bundespräsidenten direkt zu wählen. Direkt nach seiner Wahl letztes Jahr hat er dies erklärt.

Ebenso auch in einer seiner „Berliner Reden“. Dort hat er *„mehr Bürgermitbestimmung“* und *„mehr plebiszitäre Elemente“* angemahnt, *„um die innerparteiliche Unabhängigkeit der Gewählten zu stärken“*.

Manfred Weber

Nach dem Rücktritt Köhlers hat sich auch der Chef der CSU-Grundsatzkommission und Europapolitiker Manfred Weber für eine Direktwahl ausgesprochen:

„Der Bundespräsident hat gerade in Krisenzeiten eine wichtige Rolle, er entfaltet vor allem seine Wirkung, wenn Menschen Orientierung brauchen...“

Ich glaube, dass man ernsthaft über eine Direktwahl des Bundespräsidenten nachdenken sollte...

Für die gesellschaftliche Ausrichtung ist das Amt von großer Bedeutung. Die Bundespräsidenten übernehmen ohnehin immer stärker die Rolle von Bürgerpräsidenten...

Wir sollten uns überlegen, unter welchen Voraussetzungen eine Direktwahl möglich wäre.“

Währungsunion–Finanzstabilitätsgesetz

Tiefe Krise

Das Finanz-Desaster Griechenland hat ganz Europa in eine tiefe Krise gestürzt. Der riesige Schuldenberg Athens bedroht nicht nur das eigene Land, sondern die gesamte Wirtschafts- und Währungsunion. Die Entscheidungen, die in Brüssel und Berlin zur Abwehr dieser Krise getroffen worden sind, werden, so befürchte ich, die Probleme kaum lösen, sondern vertiefen.

Persönliche Haltung
Ich habe deshalb im Bundestag gegen die beiden letzten großen Hilfsmaßnahmen gestimmt und gegen die zweite Verfassungsbeschwerde eingelegt.

Griechenland-Hilfe
Dafür schulde ich Ihnen eine Erklärung.
Die erste Maßnahme war die sogenannte Griechenland-Hilfe, das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz, das der Bundestag am 07.05.2010 beschlossen hat. Mit ihm beteiligt sich Deutschland an den Finanzhilfen der Euroländer für Griechenland, zusammen mit den Hilfen des Internationalen Währungsfonds.

Verfehlt seine Ziele
Ich habe gegen das Gesetz gestimmt, weil es seine beiden Hauptziele – die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit Griechenlands und die Stabilisierung des Euros – nicht erreichen kann.

Erhöhung der Kreditlast
Die vorgesehenen Kredite stellen die Zahlungsfähigkeit Griechenlands nicht wieder her, sondern erhöhen die für das Land heute schon nicht mehr zu bewältigende Kreditlast. Sie dienen in erster Linie zur Absi-

cherung der spekulativen Kreditgeschäfte internationaler Banken, vor allem französischer Banken, aber auch der Deutschen Bank, und der Verlängerung ihrer Geschäfte.

Leon de Winter

Der niederländische Schriftsteller Leon de Winter hat das, was ich und wohl wir alle denken schön zusammengefasst:

„Das Problem ist: Ich fühle keine Solidarität mit den Griechen oder den Spaniern. Ich mag die Griechen und die Spanier, die ich kenne, sehr. Aber ich fühle mich nicht dazu verpflichtet, mir ihre finanziellen Sorgen aufzuladen. Ich habe selbst schon genug Probleme.

Die Griechen sind nicht Opfer höherer Naturgewalt geworden. Kein Tsunami hat die griechischen Inseln verwüstet – was den Griechen zugestoßen ist, ist selbst fabriziert.

Sie wollten früh in Rente gehen. Sie wollten ein 13. und ein 14. Monatsgehalt. Wunderbar! Unbedingt machen! Made in Greece. Aber nicht auf meine Kosten.“ (Spiegel vom 17.05.2010).

Entsagungs-
und Rosskurpo-
litik

Der Sparkurs, der Griechenland abverlangt wird, wird die griechische Wirtschaft nicht stimulieren, sondern zwingt dem Land eine Entsagungs- und Rosskurpolitik auf, die nicht zur wirtschaftlichen Gesundung des Landes führen kann. Deutschland hat sich zum Ende der Weimarer Republik eine ähnliche „Sparpolitik“ auferlegt – die Ergebnisse sind bekannt.

Wenn Deutschland und die EU Griechenland in diesem Jahr 45 weitere Milliarden Euro zur Verfügung stellt, gibt es nur eine Scheinruhe für einige Monate. Weil Griechenland bis 2014 allein 170 Milliarden Euro für die Umschuldung und die Zinszahlung bestehender Anleihen aufbringen muss, wenn alles so weiter geht.

Der Münchner ifo-Präsident Prof. Hans-Werner Sinn hat völlig Recht:

„Für Griechenland ist es leichter, den Euro aufzugeben und abzuwerten, als massiv Löhne und Preise zu senken und eine Depression zu durchleben, um sein gigantische Außenhandelsdefizit zu verkleinern.“

Abwertung

Griechenland ist praktisch bankrott. In den europäischen Verträgen aber fehlt eine Insolvenzregelung für einen solchen Fall. Deshalb müsste Griechenland – zumindest zeitweise – aus dem Eurosystem ausscheiden und mit Hilfe des IWF eine Abwertung durchführen, die griechische Produkte, Leistungen und Angebote, insbesondere im Tourismus, weltweit wieder attraktiv macht.

Verluste der Banken

Bei einem Ausscheiden aus der Euro-Zone, einer Rückkehr zur Drachme und deren Abwertung müssten allerdings deutsche Geldinstitute, die sich mit rund 45 Milliarden Dollar in Griechenland engagiert haben, mit erheblichen Abschreibungen rechnen.

Gefährdung des
Euro

Die Griechenland-Hilfe wird auch nicht zur Stabilisierung des Euro beitragen. Sie wird vielmehr die anderen „Wackelkandidaten“, die in vergleichbaren Schwierigkeiten wie Griechenland stecken, ermuntern, ähnliche „Rettungsprogramme“ zu verlangen. Diese werden die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland endgültig überspannen. Deshalb besteht Gefahr, dass das beschlossene Sanierungskonzept die Krise nicht beseitigt, sondern vergrößert.

Leon de Winter

„Die Schulden dieser Länder (= der Mittelmeerlande) werden von der EU übernommen und letztlich vom europäischen Steuerzahler und seinen Kindern und Kindeskindern getragen. Dies wird den Wohlstand im Norden mindern, auf Generationen hinaus.

Brüssel wird das alles hübsch regulieren und den Ländern, die so vor dem Bankrott gerettet werden, harte Bedingungen diktieren. Wenn die Rettung scheitert, wird in der EU der Inflations-

motor anspringen, und die Schulden werden mit samt unserer Sparguthaben verdampfen.“

Das erste Land, das auf diese Weise einen Großteil seiner Autonomie an Brüssel überträgt, ist Griechenland. Griechenland wird zum ersten echten Brüsseler Protektorat, ein altes Kulturvolk mit eigenen Traditionen und Lebensweisen wird dann von supranationalen Technokraten verwaltet. Ich bin gespannt, wie lange das gut geht.“

Bail-out

Schließlich verstößt das „Rettungspaket“ gegen einen elementaren Grundsatz der europäischen Verträge. Das europäische Finanz- und Währungssystem ist kein großer Umverteilungsmechanismus, bei dem ein Land für die Schulden des anderen mit haftet. Genau dies ist auch der entscheidende Fehler der zweiten Hilfsmaßnahme, gegen die ich im Bundestag gestimmt und gegen die ich Verfassungsbeschwerde eingelegt habe.

**Gewährleistungen in einem europäischen
Stabilisierungs-Mechanismus.**

Verfassungsbe-
schwerde

Am 21.05.2010 hat der Deutsche Bundestag dem 750-Milliarden-Rettungspaket der EU und der Bundesrepublik zugestimmt. Ich habe gegen das „Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen“ gestimmt und Verfassungsbeschwerde eingelegt.

Vertragsverlet-
zung

Der europäische Verfassungsvertrag von Lissabon ist noch nicht ein dreiviertel Jahre alt und schon heute in seinem zentralen finanz- und währungspolitischen Ziel verletzt. Zusammen mit dem bereits beschlossenen Griechenland-Rettungspakt führt das neue Euro-„Rettungspakt“ dazu, dass die im Vertrag von Maastricht beschlossene und heute im Lissabon-Vertrag geregelte rechtliche Konzeption, welche die Stabilität des Euro garantieren soll, gerade zu in ihr Gegenteil verkehrt.

Von Stabilitäts-
zur Transferuni-
on

In Maastricht und Lissabon haben sich die Mitgliedstaaten der EU auf die Stabilität des Euro verpflichtet und festgelegt, dass die EU nicht für die Schulden der Mitgliedsstaaten haftet. Mit diesem Euro-„Rettungspaket“ wird der Euro zur Weich-Währung und die als Stabilitätsunion konzipierte Währungsunion wird in eine Transferunion umgewandelt.

Horst Köhler
und Maastricht

Horst Köhler hatte als Finanz-Staatssekretär unter unserem Bundesfinanzminister Theo Waigel entscheidend an den Verträgen von Maastricht und zur Einführung des Euro mitgearbeitet. Auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU trägt seine Handschrift. Wenn jemand Geist und Wortlaut dieser Verträge kennt, dann er.

Zitat Köhler von
1998

Er hat damals (Spiegel – Spezial Nr. 2, 1998) die Währungsunion und das politische Fundament des Euro so bestimmt:

„Wenn sich ein Land durch eigenes Verhalten hohe Defizite zulegt, dann ist weder die Gemeinschaft noch ein Mitgliedstaats verpflichtet, diesem Land zu helfen...

Es wird nicht so sein, dass der Süden bei den sogenannten reichen Ländern abkassiert. Dann nämlich würde Europa auseinanderfallen...

Wir würden eine historische Chance vertun, wenn wir die vor den Kopf stoßen würden, die sich deutsche Stabilitätsvorstellungen zu eigen machen...

Wenn man den Vorgang der Währungsunion so interpretiert, als ob wir jetzt zur Kasse gebeten werden, ist das aus meiner Sicht eine erschreckende Diagnose...

Die Wirtschafts- und Währungsunion wird kein riesen Umverteilungsrad, das da gedreht wird.“

Rücktritt Köhler In seiner Rücktrittserklärung geht Horst Köhler mit keinem Wort darauf ein, dass er mit dem Euro-Hilfspaket ein Gesetz unterzeichnen musste, das seinen damaligen Zielen und Überzeugungen und den erreichten Vereinbarungen diametral zuwiderläuft.

Wir können aber davon ausgehen, dass diese Unterschrift seine Rücktrittsüberlegungen nicht gehemmt, sondern befördert haben.

„Europaweite

Theo Waigel hat damals festgestellt:

*Umverteilungs-
maschinerie*

„Durch den Vertrag von Maastricht ist keine europaweite Umverteilungsmaschinerie angelegt.“

Genau dies geschieht aber nun mit dem 750-Milliarden-Rettungspaket.

Vertragsverletzung

Die EU wird zu einer Haftungs- und Transfergemeinschaft. Deutschland hat der Währungsunion aber nur unter der Maßgabe zugestimmt, dass die Stabilitäts-sichernden Vorschriften angewandt werden.

Mit jeder Missachtung dieser Kriterien verlässt die Europäische Union die vertraglichen Grundlagen der

Währungspolitik und überschreitet den mit den Zustimmungsgesetzen der Mitgliedsstaaten bestimmten Kompetenzrahmen.

Verletzung des
Demokratieprin-
zips

Darüber hinaus greift die EU über dieses Hilfspaket auch massiv in das Haushaltsrecht Deutschlands ein und verletzt damit letztlich das Demokratieprinzip und das Wahlrecht. Mit dem deutschen Haftungsanteil in Höhe von mehr als 147 Milliarden Euro - das ist der halbe Bundeshaushalt, der schlimmsten Falls von heute auf morgen weg sein kann – wird der finanzielle und politische Gestaltungsspielraum unseres Parlaments gleichsam auf Null geschrumpft.

Heimliche euro-
päische Staats-
bildung

Das ist ein weiterer Schritt zu einer heimlichen europäischen Staatsbildung, der das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag vom letzten Sommer entgegengewirkt hat.

Das gigantische Euro-Hilfspaket widerspricht demnach nicht nur dem Vertrag von Maastricht und dem Verfassungsvertrag von Lissabon, der nach einem

Jahrzehnt von Verhandlungen feierlich unterzeichnet und letztes Jahr in Deutschland ratifiziert wurde, sondern auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das in einer historischen Entscheidung Eigenstaatlichkeit und Demokratie Deutschlands verteidigt hat.

Das Lissabon-Urteil von Karlsruhe

Begleitgesetz
verfassungswid-
rig

Das Bundesverfassungsgericht hat am 30.06.2009 das deutsche Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag der Europäischen Union als verfassungswidrig aufgehoben.

Mit dem Regelungsgefüge wären nicht nur dem Bundestag und dem Bundesrat ihre von der Verfassung zugewiesenen Aufgaben genommen, sondern auch das Wahlrecht jedes Wahlberechtigten Deutschen entwertet – weil die Wahl eines seiner Kompetenzen entleerten Bundestags sinnlos und zweckwidrig wäre.

Keine Weiter-
übertragung von
Kompetenzen

Laut Richterspruch war das Parlament nicht dazu befugt, wesentliche Aufgaben der gesetzgebenden Körperschaften in Deutschland – Bundestag und Bundesrat – aufzugeben.

Die Begründung dafür ist eine Selbstverständlichkeit: Wer vom Volk als Interessenvertreter gewählt ist, hat nicht das Recht, die ihm auf Zeit verliehenen Rechte an andere, vom Volk nicht mehr kontrollierbare Gremien weiterzugeben oder auch nur einen entsprechenden Mechanismus in Gang zu setzen.

Sicherung der
Souveränität

Das Bundesverfassungsgericht hat angeordnet, dass der Lissabon-Vertrag so nicht ratifiziert werden darf. Es hat die Vorlage und Verabschiedung eines neuen Begleitgesetzes verlangt, in dem die Rechte der Deutschen Gesetzgebung wiederhergestellt und die Gewährleistung und Ausübung ihrer Pflichten gesichert sein müssten. So ist dies dann auch geschehen.

Verfassungsgebenden Volksentscheid

Um das Maß vollzumachen, hat das Bundesverfassungsgericht auch festgestellt, dass über den Beitritt Deutschlands zu einem europäischen Bundesstaat nur durch einen verfassungsgebenden Volksentscheid entschieden werden kann und nicht durch die Politik.

Gegen Erosion der Identität

Gegen die schleichende Erosion nationaler Regelungsreservate durch die europäische Gemeinschaft hat das Bundesverfassungsgericht einen qualifizierten Schutz für jene Regelungsbereiche entwickelt, die für die nationale Identität des Bundes und der Länder unverzichtbar sind.

Dazu gehören insbesondere die Bereiche der staatlichen Einnahmen und Ausgaben.

Europäische Zentralbank kauft Staatsanleihen

EZB satzungswidrig tätig

An dem gigantischen Rettungsprogramm für gefährdete EU-Staaten in Höhe von 750 Milliarden Euro beteiligen sich neben den EU-Staaten auch die Europäische Zentralbank und die nationalen Notenban-

ken. Erstmals seit Einführung der Gemeinschaftswährung vor mehr als 11 Jahren haben sie sich bereit erklärt, Staatsanleihen von Euro-Ländern zu kaufen und so die Großen zu unterstützen.

Gegen deutschen Widerstand

Die ersten Käufe wurden bereits getätigt – gegen die Stimmen der deutschen Vertreter bei der EZB. Bundesbank-Chef Axel Weber, EZB-Chef Volkswirt Jürgen Stark und der niederländische Notenbank-Chef Nouk Wellink haben bei der Abstimmung gegen den Ankauf votiert. Sie wurden allerdings überstimmt.

Bundesbank beugt sich

Auch im Vorstand der Bundesbank wurde die Sache kritisch diskutiert, der Beschluss drohte zu scheitern. Die Mitglieder des Vorstands wollten sogar den Beschluss der EZB torpedieren: Der Beschluss sei unwirksam, denn er führe zu einer Form der Staatsfinanzierung, die in der Euro-Zone ausgeschlossen ist.

Letztlich entschieden sich die obersten Bundesbanker aber gegen ein spektakuläres Nein und beugten sich der Entscheidung der Europäischen Zentralbank.

Karl-Otto Pöhl Der langjährige Bundesbank-Chef Karl-Otto Pöhl kritisiert deshalb, dass die Europäische Zentralbank „entgegen allen Schwüren“ und gegen das ausdrückliche Verbot in ihrer Satzung nun auch noch in die Staatsfinanzierung eingestiegen ist.

„Damit habe die Euro-Zone quasi eine Garantie abgegeben für eine ganze Reihe von Schwachwährungen, die nie im Euro hätten aufgehen dürfen“.

Nun sei die Gefahr, dass der Euro selbst

„eine Schwachwährung wird“.

Lehren aus der Euro-Krise

Die Griechenland-Krise wird bekämpft. Die nächste aber kommt. Wir müssen die Lehren aus der Krise ziehen.

Staatliche Insol-
venz

Tabuthema war bisher der Staatsbankrott. Wir müssen grundsätzlich die Möglichkeit einer geordneten staatlichen Insolvenz schaffen, bei dem Gläubiger nur

einen Teil ihrer Kredite zurückerstattet bekommen, wenn ein Land zahlungsunfähig wird. Investoren würden dann von Anfang an auf die Kreditwürdigkeit staatlicher Schuldner achten und diese zu mehr Solidarität zwingen.

Strafe für Verstöße gegen Stabilitätspakt

Verstöße gegen den Stabilitätspakt müssen hart bestraft werden, in letzter Konsequenz durch einen – zumindest vorübergehenden – Verlust des Stimmrechts oder durch Streichen von Mitteln aus den Struktur- und Kohäsionsfonds der EU.

Sparen

Die Finanz- und Eurokrise wird uns eine intensive Spar-Diskussion aufzwingen. Bis 2016 will Finanzminister Schäuble jedes Jahr 10 Milliarden Euro einsparen.

Dabei bringt es nichts, einfach einige Steuervorteile und Subventionen zu streichen oder per Rasenmäher überall einige Prozente zu kappen. Sparen ist weniger eine quantitative als qualitative Herausforderung, und zwar auf Jahre hin.

Erhöhung der
Effizienz

Wer die Bereiche Bildung und Familie nicht antastet, lässt auch die dortigen Ineffizienzen bestehen.

- Im europäischen Vergleich unterstützen wir unsere Familien besonders stark, und doch haben wir die niedrigste Geburtenrate.
- Die Länder Hamburg und Berlin geben pro Kopf am meisten für Bildung aus, haben aber die schlechtesten Pisa-Ergebnisse.
- In Bayern unterrichten weniger Lehrer die Schüler und dennoch schließen die Schüler bei dem Test besser ab, als die der übrigen Länder.

Sparen heißt deshalb in erster Linie, solche Ineffizienzen zu beseitigen; das ist sicher eine gigantische Aufgabe. Aber wann kann sie mit Erfolg denn angegangen werden, wenn nicht unter dem Druck der aktuellen Krise.

Wachstum un-
serer Wirtschaft

Die finanziellen Lasten der Griechenland- und der Eurokrise werden wir letztlich und auf Dauer aber nicht durch Sparen, sondern nur durch Wachstum unserer Wirtschaft getragen werden können. Insofern birgt der deutsche Anteil von bis zu 148 Milliarden Euro zum großen „Rettungspaket“ nicht nur ein Haushaltsrisiko und die Gefahr steigender Zinsen. Er gefährdet auch Investitionen in Deutschland und schadet letztlich dem Wirtschaftswachstum.

Mit seiner Bürgschaft verhilft Deutschland seinen Konkurrenten am Kapitalmarkt wieder zu frischem deutschem Sparkapital, das sonst in Deutschland verwendet worden wäre.

Umso mehr müssen wir alles tun, um das Wachstum unserer Wirtschaft zu unterstützen.

Steuererhöhun-
gen

Steuererhöhungen wären deshalb ein Gift für die wirtschaftliche Entwicklung.

- Export Wir dürfen die Exportkraft unserer Wirtschaft nicht, wie von lieben europäischen Konkurrenten gewünscht, schwächen, sondern müssen sie weiter stärken. Wir müssen uns die großen Zukunftsmärkte stärker erschließen: die boomenden Schwellenländer, die bezeichnender Weise unter der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise sehr viel weniger leiden als wir, und die Länder Mittel- und Osteuropas, die trotz aller aktuellen Probleme gewaltige Entwicklungspotenziale bergen.
- „Made in Germany“ Wir müssen unser „Made in Germany“ sichern. Als Hochlohnland können wir weltweit nur beste Qualität verkaufen.
- Beste Qualität -
beste Bildung Beste Qualität der Produkte und Dienstleistungen aber setzt beste Bildung, Aus- und Fortbildung voraus. Die müssen wir in unseren Schulen und Hochschulen und in unserer Wirtschaft leisten.

Und dafür steht unserer Freund Ludwig Spaenle und die Politik der CSU.

Volksentscheid über Griechenland- und Euro-Rettungspakte

CSU-Programm
zur Europawahl

Aber noch einmal zurück zu den gigantischen Griechenland- und Euro-Rettungspaketen, die handstreichartig unter Verletzung des europäischen Verfassungsrechts beschlossen wurden.

Die CSU hat in ihr Wahlprogramm zur Europawahl des letzten Jahres geschrieben:

„Wir wollen die Bürger bei wichtigen Fragen zu Europas Zukunft mit Volksabstimmungen stärker in die Entscheidungen einbeziehen.“

Damit wollten wir unseren Wählerinnen und Wählern deutlich machen, dass die CSU in Zukunft von der verstärkten Mitbeteiligung des Volkes nicht nur Reden will, sondern sich dafür mit ihrer ganzen Kraft einsetzt.

- Nichts geschehen
Leider ist seither nichts geschehen. Von der CSU-Führung gibt es weder konkrete Gesetzesentwürfe noch Handlungsempfehlungen für die Umsetzung ihres Versprechens.
- Rechte des Volkes stärken
Die Erfahrung des letzten Monats mit dem panikartigen Schnüren von Hilfspaketen von unvorstellbarer Dimension unter Bruch der europäischen Verfassung sollte uns eine Lehre sein, dass wir die Rechte des Volkes stärken müssen.
- Bürger, nicht Banken fragen
Die Hilfspakete waren im wahrsten Sinne „*wichtige Fragen zu Europas Zukunft*“, bei denen nach unserem CSU-Wahlprogramm zur Europawahl die Bürger mit Volksabstimmungen einzubeziehen gewesen wären.
Wenn wir in diesen Fragen mehr den Bürger und weniger die Banken gefragt hätten, wäre die politische Antwort wohl eine andere gewesen.

Gesetzliche Voraussetzungen schaffen

Wir müssen deshalb wie versprochen den Bürger stärker an derartigen Entscheidungen beteiligen und dazu die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.

„Haus Europa“

Das gemeinsame „Haus Europa“ hat Helmut Kohl einmal die europäische Union genannt.

Bauherr dieses Hauses sind die europäischen Völker, und nicht die politische Klasse in Brüssel und Berlin.

Auch wer in diesem Haus Miteigentum erwirbt und wie er es dann finanziert, entscheiden die Miteigentümer und nicht die Hausverwaltung.

Zurück zur EWG

Vielleicht sollte man noch einen Schritt weitergehen.

Um mit Leon de Winter zu sprechen:

„Es wäre schön, wenn man in den europäischen Mitgliedsstaaten die die Zeche zahlen müssen, jetzt ein Referendum abhalten würde. Zur Frage, ob die EWG ohne Euro nicht eine weit bessere Alternative für Frieden und Wohlstand in Europa wäre, als die unter dem Euro stehende EU.“

Für die dann arbeitslosen Brüsseler Technokraten würde sich gewiss Beschäftigung als Kellner in griechischen Restaurants finden.

Rede
von
Dr. Peter Gauweiler
MdB
Staatsminister a.D.
Fürstenrieder Frühlingsfest
München, am 07.06.2010

Anreden	1
Das Frühlingsfest mit hohen Gästen	2
Frühling ist da.....	2
Früher feiern.....	2
Große Gäste	2
Dr. Ludwig Spaenle	3
„Rohstoffgeist“	4
Individuelle Förderung	5
Ganztagsschule.....	5
Wir brauchen einen Bürgerpräsidenten.....	6
Rücktritt Hort Köhler	6
Freiheit und Rückhalt	6
„Mehr Bürgermitbestimmung“	7
Manfred Weber	7
Währungsunion–Finanzstabilitätsgesetz	8
Tiefe Krise	8
Persönliche Haltung	9
Griechenland-Hilfe.....	9
Verfehlt seine Ziele.....	9
Erhöhung der Kreditlast.....	9
Leon de Winter	10
Entsagungs- und Rosskurpolitik	11
Abwertung	12
Verluste der Banken	12
Gefährdung des Euro	13
Leon de Winter	13
Bail-out.....	14
Gewährleistungen in einem europäischen Stabilisierungs-Mechanismus.	15
Verfassungsbeschwerde	15
Vertragsverletzung	15
Von Stabilitäts- zur Transferunion	16
Horst Köhler und Maastricht	16
Zitat Köhler von 1998	16
Rücktritt Köhler.....	18
„Europaweite Umverteilungsmaschinerie	18
Vertragsverletzung	18
Verletzung des Demokratieprinzips	19
Heimliche europäische Staatsbildung.....	19
Das Lissabon-Urteil von Karlsruhe	20
Begleitgesetz verfassungswidrig	20
Keine Weiterübertragung von Kompetenzen	21
Sicherung der Souveränität	21

Verfassungsgebenden Volksentscheid	22
Gegen Erosion der Identität.....	22
Europäische Zentralbank kauft Staatsanleihen	22
EZB satzungswidrig tätig	22
Gegen deutschen Widerstand	23
Bundesbank beugt sich	23
Karl-Otto Pöhl.....	24
Lehren aus der Euro-Krise.....	24
Staatliche Insolvenz	24
Strafe für Verstöße gegen Stabilitätspakt	25
Sparen	25
Erhöhung der Effizienz	26
Wachstum unserer Wirtschaft.....	27
Steuererhöhungen.....	27
Export.....	28
„Made in Germany“	28
Beste Qualität - beste Bildung	28
Volksentscheid über Griechenland- und Euro-Rettungspakte.....	29
CSU-Programm zur Europawahl	29
Nichts geschehen.....	30
Rechte des Volkes stärken.....	30
Bürger, nicht Banken fragen.....	30
Gesetzliche Voraussetzungen schaffen.....	31
„Haus Europa“	31
Zurück zur EWG.....	31